



email:bi.asyl@yahoo.com

www.biasyl.wordpress.com

Überlegungen und Gedanken zum Regensburger Flüchtlingsgipfel 06. Oktober 2014

1. Zum Jahrestag der Tragödie von Lampedusa (03.10.2013, 366 ertrunkene Flüchtlinge) erinnern wir, dass dies nur die öffentlich wahrgenommene Spitze des **Flüchtlings-Sterbens an EU-Außengrenzen** ist: seit dem Jahr 2000 wurden mehr als 23 000 Tote gezählt, über 1900 allein in diesem Jahr...
2. **Die BI Asyl begrüßt** die Aufnahme weiterer Flüchtlinge durch die Stadt Regensburg, die Äußerungen von OB Wolbergs und anderen RepräsentantInnen der Stadt dazu und die Einladung zum Flüchtlingsgipfel. Worte und Sätze wie „Willkommen“, „Integrative Gedanken“ u. „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ bedeuten einen **Paradigmenwechsel**. Nun kommt es darauf an, dafür strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Flüchtlingsgipfel kann dafür ein Anfang sein.
3. Angesichts aktueller Aufnahme- u. Unterbringungsdebatten erinnern wir, dass von Anfang der **90er Jahre** bis zum Jahr 2001 bundesweit, landesweit und auch in der Oberpfalz und in Regensburg weitaus **mehr Flüchtlinge** untergebracht waren, **als derzeit** (allerdings unter meist menschenunwürdigen Bedingungen) .
4. Die aktuelle (schwierige) Situation für Regensburg (und anderswo) ist das Ergebnis von **jahrelangen Versäumnissen** auf Bundes- und Landesebene, aber auch der Stadt.
5. Die schwierige Situation ist auch die **Folge einer völlig verfehlten Lagerpolitik** in Bayern. Ein Gebot der Stunde ist nun die u.a. auch von **OB Wolbergs** aufgegriffene und begrüßte **Initiative** des bayerischen **Integrationsbeauftragten Martin Neumeyer** und der bayerischen **Sozialministerin Emilia Müller**, das Aufnahmegesetz zu lockern und die darin festgeschriebene **Lagerpflicht zu streichen**.
6. **Flüchtlingen muss die Wohnungssuche erlaubt werden**. Wohnberechtigungsscheine sind auch für Geduldete zu erteilen, denjenigen, die eine Wohnung oder ein Zimmer bei Familienangehörigen, Freunden, Bekannten oder WG gefunden haben, muss der Auszug aus einer staatlichen oder kommunalen Unterkunft erlaubt werden. Das schafft Plätze für neue Flüchtlinge und die vielen, die aufgrund von Wohnungsmangel/-not nichts finden. Die Pflicht, in einer zugewiesenen Unterkünften zu wohnen ist unflexibel, teuer und Kern des Problems. Die **Lagerpflicht muss abgeschafft werden**, wie es Flüchtlinge, Pro Asyl, BFR, wir und viele andere seit Jahren fordern.
7. Unterkünfte müssen **angemessenen Wohnraum** gewährleisten. Dazu gehören auch **Gemeinschafts-/Aufenthaltsräume** und für **Kinder Spielzimmer**.
8. Zumindest in der neuen Erstaufnahmeeinrichtung (ehemalige Leopoldkaserne) müssen **Büros und Räumlichkeiten für hauptamtliche und ehrenamtliche Flüchtlingsberatung/-betreuung** existieren, für sozialpädagogische Beratung/Betreuung und für gesundheitliche und ärztliche Beratung (wie sie z.B von AG MigrantInnenmedizin geleistet wird). Wünschenswert sind auch – wie von OB Wolbergs für die Leopoldkaserne angedacht - Räumlichkeiten für die Arbeit von Künstlern mit Flüchtlingen. Für neu ankommende Flüchtlinge ist eine intensive Beratung und Beratung essentiell, u.a. auch eine **unabhängige Verfahrensberatung vor der Erstanhörung** beim Bundesamt.
9. Es ist richtig, **zivilgesellschaftliches Engagement**, Patenschaften und ähnliches zu fördern. Dies darf aber nicht – wie derzeit überwiegend bei „dezentraler“ Unterbringung in den Landkreisen – **professionelle Flüchtlingsberatung von Wohlfahrtsverbänden** (in Rgbg bisher Caritas; zukünftig wohl auch Diakonie, andere?) ersetzen. In Absprache mit den Wohlfahrtsverbänden soll ein angemessener hauptamtlicher Betreuungs-/Beratungsschlüssel festgelegt und entsprechend **Beratungsstellen** eingerichtet werden.

Diese Überlegungen sind „nichts endgültiges“, sondern mit allen Beteiligten weiter zu diskutieren. Aktuelle Infos auf bayerischer Ebene siehe www.fluechtlingsrat-bayern.de; zum Fachtag 23.Oktober siehe <http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/bleib-artikel/articles/fachtag-bildung-und-arbeit-4.html>. Auf der Rückseite ein BFR-Schreiben vom 23.10.2012 an OB Schaidinger (und gleichlautend an alle bayer. OBs und Landräte).